

05.02.2007 18:47
MAW4573

Aerosuisse begrüsst Entscheid des Zürcher Kantonsrates

Bern/Zürich (AP) Der Dachverband der Schweizer Luftfahrt, Aerosuisse, zeigt sich erleichtert über den Entscheid des Zürcher Kantonsrates gegen die Plafonierungsinitiative. Zu begrüßen sei insbesondere der Wechsel weg von einer Bewegungsbegrenzung hin zum sachlich richtigen Lärmschutz, heisst es in einer Stellungnahme des Verbandes vom Montag. Damit würden die negativen Auswirkungen des Flugverkehrs begrenzt und dem Flughafen dennoch ein massvoller Entwicklungsspielraum belassen. Ein Bewegungsplafond und insbesondere eine Ausdehnung der heute geltenden Nachtflugsperrwürden eine Drehkreuzfunktion des Flughafens Zürich praktisch verunmöglichen, hielt Aerosuisse weiter fest. Dass der Kantonsrat dem Zürcher Fluglärm Index (ZFI) eine Chance gebe, komme einer Signalwirkung in der Schweizer Luftfahrt gleich.

Ende
ap/bi/z

05.02.2007 18:53
MAW4641

Kantonsrat befürwortet Gegenvorschlag zu Plafonierungsinitiative

Dritte Zusammenfassung
(Mit weiteren Reaktionen)

Antrag von Kommissionsminderheit knapp angenommen - Sieben
Stunden Nachtruhe angestrebt - Marschhalt bei 320.000
Flugbewegungen =

Zürich (AP) In der Frage zur Zukunft des Flughafens Zürich kann
sich das Stimmvolk zwischen der so genannten
Plafonierungsinitiative und einem Gegenvorschlag des
Kantonsparlaments entscheiden. Dieses befürwortete am Montag knapp
den Antrag einer Kommissionsminderheit, die sieben Stunden
Nachtruhe anstrebt.

Der im 180-köpfigen Zürcher Kantonsrat nach mehrstündiger
Diskussion mit 90 Stimmen von SVP und FDP gegen 86 Stimmen der
übrigen Fraktionen gutgeheissene Gegenvorschlag beauftragt den
Staat nur, darauf hinzuwirken, dass eine Nachtflugsperrung von sieben
Stunden eingehalten wird. Ausserdem sieht er eine Art Marschhalt
vor, wenn 320.000 Flugbewegungen erreicht werden, ohne dass der im
umstrittenen Zürcher Fluglärm-Index (ZFI) enthaltene Grenzwert
überschritten wird; dieser richtet sich nach einer bestimmten Zahl
von Personen, die stark von Fluglärm belästigt werden. Der
Kantonsrat müsste dann beschliessen, ob der Staat auf eine
Beschränkung der Bewegungszahl hinwirken soll. Der Ratsbeschluss
unterläge dem fakultativen Referendum.

Die Mehrheit der Kantonsratskommission hatte verlangt, die
siebenstündige Nachtruhe und die Höchstzahl von jährlich 320.000
Starts und Landungen in Zürich im Gesetz zu verankern. Die
Kommissionsmehrheit wollte dem Stimmvolk eine klare Alternative zur
Initiative bieten.

Diese wurde von allen Kantonsratsfraktionen und der Regierung als
zu weit gehend abgelehnt. Sie verlangt höchstens 250.000 Starts und
Landungen im Jahr und eine neunstündige Nachtruhe. 2006 hatte
Zürich-Kloten laut provisorischen Zahlen knapp 261.000 Starts und
Landungen verzeichnet, 2,5 Prozent weniger als 2005.

Die Reaktionen fielen gemischt aus. Der Dachverband der Schweizer
Luftfahrt, Aerosuisse, begrüsst insbesondere «den Wechsel weg von
einer Bewegungsbegrenzung hin zum sachlich richtigen Lärmschutz». Damit
würden die negativen Auswirkungen des Flugverkehrs begrenzt und dem
Flughafen dennoch ein massvoller Entwicklungsspielraum
belassen. Das Komitee Weltoffenes Zürich zeigte Erleichterung
darüber, dass sich die Vernunft und die Sorge um die Arbeitsplätze
sowie die Glaubwürdigkeit Zürichs als Flughafenkanton durchgesetzt
hätten. Der Verein Pro Flughafen war darüber befriedigt, dass der
beschlossene Gegenvorschlag eine Begrenzung der Lärmbelastung durch
den ZFI und eine direkte Mitsprache der Bevölkerung über die

Argus Ref 25930391

weitere Entwicklung des Flughafens ermögliche. Laut den Initianten wurde trotz Einigkeit über Wachstumsgrenzen eine Chance verpasst: Der Rückzug der Initiative wäre möglich gewesen, falls ein Vorschlag von 69 Gemeinden durchgekommen wäre, der 320.000 Flugbewegungen und acht Stunden Nachtruhe vorsah. Die Region Ost zeigte sich besonders enttäuscht über die bürgerlichen Kantonsratsmitglieder aus fluglärmbelasteten Städten und Gemeinden, die ihre parteipolitischen Interessen über den Schutz der Bevölkerung gestellt hätten. Für den Bürgerprotest Fluglärm Ost ist der Entscheid des Kantonsrates ein Zeichen dafür, dass sich dessen Mehrheit dem Druck der Flughafenlobby gebeugt habe.

Der Kantonsrat behandelt das Geschäft in drei Wochen erneut. Initiative und Gegenvorschlag kommen voraussichtlich im November vors Volk.

Ende
ap/str/gg/bi/z